

Ganz große Koalition für mehr Geld

Niedersachsens Landtag erhöht sich die „Diäten“, gestützt auf die Lohnentwicklung.

Ein Leser namens „Mahner“ fragt auf unseren Internet-Seiten:

Wäre nicht mal eine Nullrunde für unsere Volksvertreter angebracht, vielleicht sogar vorbildhaft? Ich bin mir ziemlich sicher, dass genau diese Politiker Lehrer und Polizisten bei den entsprechenden Lohnverhandlungen daran erinnern werden.

Die Antwort recherchierte Michael Ahlers

Hannover. Unangenehme Themen steckt der Landtag gern ans Ende der Tagesordnung: Der Beschluss, wonach die Diäten der Abgeordneten rückwirkend zum Juli von 6385,91 auf 6500,86 Euro brutto steigen sollen, fand sich am Mittwoch unter Punkt 9 – von insgesamt 11 Punkten. Eine längere De-

batte war nicht vorgesehen. „So funktioniert das gut“, sagte der CDU-Politiker Jens Nacke unserer Zeitung am Rande der Sitzung. Und der Grüne Helge Limburg räumt zwar ein, dass sich seine Fraktion grundsätzlich nicht leicht tue mit dem Thema. „Vertretbar“ nannte Limburg die Erhöhung.

Dass eine „Nullrunde“ für die Volksvertreter angebracht wäre, wie unser Leser findet, fanden in der Vergangenheit einige Abgeordnete auch selbst. Das Verfahren war kompliziert: Erst legte eine prominent besetzte Kommission dem Landtagspräsidenten Vorschläge zur Diätenerhöhung für die Abgeordneten vor. Ein Mitglied der Kommission: Bernhard Zentgraf vom Bund der Steuerzahler.

Dann begann die politische Auseinandersetzung, denn die Empfehlung der Kommission war nicht bindend. Und lehnte sich erst einmal eine Fraktion gegen die vorgeschlagene Erhöhung aus dem Fenster, gern etwa die Grünen, zogen andere mehr oder minder zähneknirschend mit. Das Ergebnis waren mehrere „Nullrun-

den“ hintereinander. Die waren einerseits schlecht für die Kasse der Abgeordneten, andererseits gut für die Glaubwürdigkeit gegenüber dem Wähler. 2009 hatte die Kommission sogar eine „Nullrunde“ empfohlen – wegen der schlechten Wirtschaftslage. Die Diäten-Kommission gibt es offiziell zwar weiter – sie „ruht“ aber.

Inzwischen läuft die Sache anders. Das „Anpassen der Grundentschädigung“ ist nun im Abgeordnetengesetz geregelt und an einen Index zur Lohnentwicklung in Niedersachsen gekoppelt. Am 28. April 2015 teilte das Landesamt für Statistik mit: 1,8 Prozent mehr müssten es laut Lohnindex sein. „Durch diese Erhöhung der Grundentschädigung nehmen die Mitglieder des Landtags an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil“, heißt es in dem Antrag. „Beifallsstürme haben wir nicht zu erwarten“, sagte der SPD-Politiker Grant Hendrik Tonne kurz vor dem Beschluss, die Erhöhung sei aber maßvoll. Tonne traf damit die Stimmung unter den Abgeordneten. Um kurz vor 18 Uhr gab der Landtag grünes Licht.

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
Braunschweiger Zeitung
17.09.2015

